



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0380890

3/XV/195 - 27. August 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2a	<u>Ein rationales Problem</u> Zum Adenauer-Strauß Communiqué	127
3 - 4	<u>"Die Deutschen kommen"</u> Ausländische Beschwerden über deutsche Landkäufe	48
4	<u>"Stolz weht die Flagge Schwarz-Weiß-Rot..."</u> Gesinnungsdemonstration an der Nordsee	24
5 - 6	<u>Geheimagenten auf neutralem Boden</u> Das Dilemma der Schweizer Sicherheitsbehörden Von Bruno Kuster, Genf	58
6	<u>Kleinlich</u> Südtiroler wegen einer deutschen Aufschrift bestraft	19

* * *
* * *

Ein nationales Problem

sp - Die Affäre "Generalsdenkschrift" ist mit dem Adenauer-Strauss-Kommuniqué nicht erledigt und nicht aus der Welt geschafft. Soweit der sachliche Kern der Bewaffnung der Bundeswehr zur Debatte steht, wird aus die Aufgabe des zuständigen Verteidigungsausschusses des Bundestages sein; gerade an diesem Sachkern ist ja nunmehr auch von "der Generalität" völlig klargemacht worden, dass sich unser Verteidigungs- und Sicherheitsproblem nicht mit der allzubilligen Formel "Atomwaffen für die Bundeswehr" beantworten und lösen lässt. Insofern kann der Denkschrift sogar ein Sachverdienst zugeschrieben werden.

Was die Denkschrift als Formalie angeht, so kann der Hausstreit Adenauer-Strauss ausser Ansatz bleiben, wenngleich er, zusammen mit einer wachsenden Zahl ähnlicher partei- und regierungsinterner Vorgänge sehr bemerkenswerte Einblicke in status und Entwicklung der Adenauer-CDU zulässt. Wesentlicher ist, um ganz konkret bei dem durch die Denkschrift umrissenen Thema zu bleiben, dass dieses Dokument, das in der so kurzen Geschichte der zweiten deutschen Nachkriegsdemokratie und ihrer Bundeswehr seine markante Bedeutung behalten wird, dem In- und Ausland zu wichtigen Erkenntnissen verholfen hat.

Eine dieser Erkenntnisse, die aber zunächst nur ganz kurz ange- deutet werden soll, ist die Konfrontation mit der bedauerlichen Tatsache, dass es durch eine Art von Befehl möglich gewesen ist, gewisse und keineswegs schmerzlose Erfahrungsfolgerungen so zu egalisieren oder vielleicht zu überspielen, dass es möglich war, eine Gruppe höherer Offiziere zu dieser Denkschrift-Affäre zu veranlassen. Die gerade auf dieses Spezialthema zielenden Äusserungen einer nicht nur im Osten, sondern auch im ganzen Westen äusserst kritischen Presse sollten auch an bestimmten Schreibtischen des Bundesverteidigungsministeriums mit dem gebührenden und notwendigen Ernst zur Kenntnis genommen werden.

Eine andere Erkenntnis betrifft den Bundesverteidigungsminister, den spiritus rector dieser heillosen Denkschrift-Affäre. Der Gründe, die Herrn Strauss zu diesem schlecht geplanten und schlecht durchgeführten Unternehmen veranlassen haben, mögen viele sein; es war bisher die Rede davon, dass er das Generals-Memorandum zur Unterstützung seiner Atom- bewaffnungsabsichten bei der NATO und WEU einsetzen wollte oder dass

27. August 1960

er mit diesem Schriftstück seinen innenpolitischen Kampf mit der SPD ein besonderes Licht aufsetzen wollte, und dergleichen mehr.

Die Denkschrift wurde nämlich nicht nur den "Informationen für die Truppe" beigelegt; sie wurde auch durch einen selbstgemachten Pressedienst an zahllose Provinzzeitungen - mit Sperrfrist; frei für Sonntagszeitungen - verschickt, sie wurde ausgewählten Journalisten in einem Informationsgespräch von der Pressestelle des Verteidigungsministeriums übergeben, gleichfalls mit Sperrfrist für Freitag. Es wurde alles getan, um ihr nicht nur in der Truppe, sondern vor allem in der Öffentlichkeit Publizität zu verschaffen, und zwar nicht durch die Generale, sondern durch die Pressestelle des Herrn Strauss. Und das war ja wohl nicht zur Beruhigung der Soldaten, sondern zur Beunruhigung der Öffentlichkeit gedacht. Nun, irgendwann wird man erfahren, was im Kopfe des Herrn Strauss wirklich vor sich gegangen sein mag und welchen Ratschlägen aus seinem Privat-Generalstab er nachgegeben hat. Dieses Wissen hat aber, heute und morgen, lediglich Randbedeutung und auch sie nur zur Beleuchtung der Individualsphäre dieses Mannes, der sich als Politiker und Minister allmählich zu einem Problem aufzuwachsen beginnt.

Der Vizeadmiral Ruge, Inspekteur der Bundesmarine und zufallshalber auch Unterzeichner der "Generals-Denkschrift", hat in seinem etwas zu martialischen Brief an den stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Erier, an dem "Vorwärts"-Artikel des SPD-Bundestagsabg. Mertens, stellvertretender Vorsitzender des Bundestags-Verteidigungsausschusses, die kritischen Äußerungen über Strauss getadelt, weil, sinngemäß, eine solche Kritik an den Minister von "der Bundeswehr" als schädlich abgelehnt werden müsse. Abgesehen davon, dass es höchste Zeit ist, ganz klarzumachen, dass weder "die Bundeswehr" noch gar "die Generalität" als Institutionen auf den Plan oder ins Feld geführt werden können, irrt sich der Vizeadmiral Ruge erheblich. Kritik an Herrn Strauss ist Kritik an Herrn Strauss und sonst gar nichts. Herr Strauss ist mit den Streitkräften der Bundeswehr weder körperlich noch geistig identisch und er wird von dem Augenblick an, an dem er wie sein Vorgänger Blank die Erkekilkaserno verlässt, einem anderen Politiker Platz machen, der dann der Verteidigungsminister und Oberbefehlshaber ist und der seinerseits wieder der Kritik der Öffentlichkeit an seiner Person und seiner Tätigkeit genau so ausgesetzt sein wird, wie das heute Herrn Strauss widerfährt, der alles andere als tabu ist. Auch das gehört zu dem, was unter parlamentarischer Demokratie zu verstehen ist.

Mertens Angriffe auf Herrn Strauss aber waren der Truppe keineswegs neu. Das Bundesverteidigungsministerium hat nämlich nicht nur dem Augustheft, sondern auch dem Juliheft "Informationen für die Truppe" eine Beilage auf den Weg gegeben, ohne allerdings in gleicher Weise für Publizität zu sorgen. In dieser Juli-Beilage sind Bruchstücke des Mertens-Artikels abgedruckt. Die Passagen, die sich mit dem Bundesverteidigungsminister befassen, wurden dabei gesperrt gedruckt.

Nicht genug damit, fügte die Beilage noch einen Artikel an, der den "Monatsheften für Politik und Kultur" entnommen war und der ohne Angabe des Verfassers dem SPD-Abgeordneten Kerten unter Bezugnahme auf eben diesen Artikel vorwarf, er habe "die Grenzen sachlicher Argumentation merklich" überschritten, er habe sich der "Nichtbeachtung der realen Lage" schuldig gemacht, er "zerstöre" die Rechtsstaatlichkeit, "die man retten wollte". Worauf die SPD naturgemäß Wert darauf legte, den so heftig befehdeten und nur in Bruchstücken wiedergegebenen Artikel nunmehr in vollem Wortlaut zur Kenntnis zu bringen.

All' dies beweist, daß Strauß mehr wollte, als nur die Truppe informieren. Er wollte seine Polemik in der Öffentlichkeit entfachen. Er mißbraucht dabei die Bundeswehr als Kugelfang, um selbst aus dem Feuerbereich zu bleiben. Und er sucht ein Alibi in einem Vorgang, der ihm in vollem Umfang offensichtlich nicht geläufig ist. Mit anderen Worten: er verwechselt sein Amt mit seiner Partei oder identifiziert das eine mit dem anderen.

Unserer Demokratie steht es schlecht an, wenn der Verteidigungsminister sich anschickt, eine Rolle zu spielen, die mit seiner Funktion nichts mehr zu tun hat. Herr Strauß hat den klar und unübersehbar begrenzten Auftrag, im Rahmen der von der Legislative beschlossenen Richtlinien und Verpflichtungen die Verteidigungstreitkräfte der Bundesrepublik Deutschland organisatorisch, materiell und personell aufzubauen. Obwohl kein Zweifel daran besteht, daß diese Aufgabe noch lange nicht erfüllt ist, nicht einmal im Bereich der sogenannten "konventionellen" Ausrüstung, muß nicht nur die deutsche Öffentlichkeit mit wachsendem Erstaunen feststellen, daß Herr Strauß seine offensichtlich trotzdem nicht ausgenützte Tatkraft ständig in Fragen, die immer neue Belastungen und Schwierigkeiten mit sich bringen, aus den Nähten platzen läßt.

Es könnte dabei vielleicht dem parteipolitischen Interesse zugute kommen, daß Herr Strauß mit der Psychologie auf erbittertem Kriegsfuß lebt und - nur in der letzten Zeit - von Spanienbasen über Polaris bis zur Generals-Denkschrift in ein innen- und außenpolitisches Fettnäpfchen nach dem anderen tritt.

Das jüngste Auslandsesche hat aber bewiesen, daß der Fall Strauß mit parteipolitischen Maßstäben allein nicht mehr zu behandeln ist. Von dem Zeitpunkt an, in dem ein seriöses Auslandsblatt von Range des liberalen "Kewes Chronicle" den Verteidigungsminister der Bundesrepublik als eine "Gefahr für die deutsche Demokratie" hinstellen kann und darf, von diesem Zeitpunkt an ist Herr Strauß ein nationales Problem geworden, das das ganze deutsche Volk angeht, und auf das man nicht mehr mit parteipolitischen Phrasen im Stile des Herrn Höcherl oder des "Deutschland-Union-Dienstes" antworten kann. Die allein mögliche Antwort zur Lösung dieses Problems wird nach Lage der Dinge spätestens im Herbst 1961 gegeben werden - dann aber wird sie gegeben werden müssen!

"Die Deutschen kommen..."

H.M. - Zahlreiche europäischen Staaten haben erneuten Grund, sich über die deutschen Nachbarn zu beklagen. Sie sind Opfer einer Invasionswelle, deren friedliche Natur nicht über ihre folgenschwere hinwegzutäuschen vermag. Es geht hierbei um den Ausverkauf von Grund und Boden, der in zunehmendem Umfang in den Besitz westdeutscher Industrieller und Grossverdiener übergeht. Die Objekte dieser "Landnahme" sind über den ganzen Kontinent zerstreut.

So sind beispielsweise nach Mitteilung des Landesbauamtes in Kufstein in manchen Tiroler Gemeinden, besonders in den Fremdenverkehrs-orten, bereits 80 Prozent aller Grundstücke durch vermögende Industrie- besitzer - vornehmlich aus der Bundesrepublik - aufgekauft worden. Die Nachfrage nach Grundstücken in den bevorzugten Sommerfrischen Walchsee Thiersee, Alpbach und Wildschönau habe zu einer solchen Verteuerung des Bodens geführt, dass sich die Einheimischen kaum mehr einen Grundstücke- kauf leisten können. In der Schweiz musste sich der Maklerverband, der an einem "florierenden" Grundstücksmarkt gewiss grosses Interesse haben sollte, mit den Gefahren einer "Überforderung" des Schweizer Boden- eigentums befassen. Ein parlamentarischer Antrag, den Verkauf von Grund- stücken an ausländische Interessenten grundsätzlich einer Genehmigungs- pflicht zu unterwerfen, scheiterte an den ausgeprägt liberalistischen Bewusstsein der Schweizer. Dennoch liest man aus den Berichten vieler Zeitungen die Sorge heraus, die sich die einheimische Bevölkerung um den Ausverkauf ihres Bodens an "reiche Ausländer" macht. In Dänemark schließ- lich, wo der Erwerb von Grundeigentum bislang für jedermann frei gewesen ist, haben die umfangreichen deutschen Landkäufe zu einer strengen Auf- sicht über den Immobilienmarkt geführt. In Zukunft bedarf der Erwerb von Grundstücken durch Ausländer einer besonderen Genehmigung des Justizministeriums. Verträge über langfristige Miet- und ähnliche Ver- hältnisse sind ferner unwirksam, wenn anzunehmen ist, dass damit eine Umgehung der neuen gesetzlichen Vorschriften beabsichtigt ist. Weitere Länder beschäftigen sich gegenwärtig mit gesetzgeberischen Massnahmen, die in der Lage sein sollen, einen Ausverkauf ihres Grund und Bodens ent- gegenzuwirken.

Dem "gemeinen" Bundesbürger, der entgegen den Versicherungen des Wohnungsbauministers immer noch zu grossen Teilen nach einer ausreichenden Mietwohnung Umschau halten muss, scheinen die Beschränkungen des Aus-

landes übertrieben zu sein. Denn ihm hat man versichert, daß der Abbau der Grundstücks- und Mietpreisbewirtschaftung allen Bauinteressenten im Bundesgebiet ein ausreichendes Betätigungsfeld eröffnen werde. Diese Ansicht bedarf nach Vorlage des ausländischen Beweismaterials einer Korrektur: die Grundstücksspekulanten sind in ihren Forderungen und Ansprüchen wahrhaft "grenzenlos". Sie suchen ihren Profit nicht nur im In- sondern auch im Ausland. Und hierbei ist gewiss recht bezeichnend, dass das Ausland dem "Boden-Imperialismus" der westdeutschen Grossverdiener mit drastischen Massnahmen entgegentreten will. In der Bundesrepublik aber feierte man die jüngst erfolgte Freigabe des Miet- und Grundstücksmarkts von staatlicher "Bevormundung" als einen triumphalen Erfolg des sozialpolitischen "Fortschritts".

+ + +

"Stolz weht die Flagge Schwarz-Weiß-Rot..."

D. Str. Juist - Es ist ein munteres Bild, wenn bunte Fähnchen auf dem Strandburgen der Badgäste im rauhen Seewind flattern. Der stolze Burgenbesitzer pflegt seine Flaggenparade oft mit der Fahne seiner Stadt, seines Landes oder gar mit der Nationalflagge zu krönen. So geschehen auch auf der Nordseeinsel Juist, der "Oase der Ruhe", wie die Kurverwaltung festzustellen pflegt. Nur wird dem froh, frisch denkenden Kurgast diese Ruhe allerdings schnell wieder genommen, wenn er über den "schönsten Strand der ostfriesischen Inseln" blickt. Oder in die Strandbazare, die jene Fähnchen verkaufen. Flattern da fröhlich schwarz-weiß-rote Fahnen im rauhen Wind, und ganz reaktionäre "Burg-herren" haben gar die wilhelminische Kriegsflagge gleich darunter gehängt.

Die dunklen Regenwolken dieser Tage, die zum Strandwandern einladen, bewirken, daß man die Fahnen mit den Farben des Zweiten und Dritten Reiches noch an manchen Strandkörben entdeckt. Deshalb reizte es den Verfasser auch, in den Strandbazaren die deutsche Nationalflagge zu verlangen, und siehe da: eine eifrige Verkäuferin wies auf Schwarz-Weiß-Rot! Schwarz-Rot-Gold indes konnte ich trotz eifriger Bemühungen im Fahnenwald der Städte, Länder und Nationen nicht entdecken. Man hatte sie nicht auf Lager, weil sie anscheinend nicht verlangt werden.

Aber schließlich wurde ich doch getröstet: vom Regen schwarz entdeckte ich eine Schwarz-Rot-Goldene Flagge. Sie sollte aber lediglich bekunden, daß der Eigentümer aus Niedersachsen stamme, denn im roten Feld bäumte sich das stolze Niedersachsenroß empor.

+ + +

Geheimagenten auf neutralem Boden

Von Bruno Kuster, Genf

Nachdem die schweizerischen Behörden kürzlich zwei Beamte der französischen Botschaft in Bern wegen politischen Nachrichtendienstes des Landes verwiesen hatte, wussten ferner Presseleute zu berichten, daß sich der Chef einer in Frankreich tätigen Organisation zur Unterstützung des FLN, Francis Jeanson, in der Schweiz aufhalte. Seit drei Jahren versucht die französische Polizei vergeblich, seiner habhaft zu werden. Andererseits wurde vor zwei Wochen der Präsident des Gemeinderates von Yverdon in französischer Jura verhaftet, weil er FLN-Propagandamaterial in seinem Auto nach Frankreich geschmuggelt hatte. Diese Affären beleuchten erneut schlagartig die unerbittliche Auseinandersetzung zwischen FLN-Leuten und -Freunden einerseits und französischen Agenten andererseits, die sich auf neutralem Schweizerboden abspielt. Die Polizeibehörden stehen vor der schwierigen Aufgabe, jede ungesetzliche, politische Tätigkeit von Ausländern zu unterdrücken, ohne aber die demokratischen Freiheitsrechte in Gefahr zu bringen. Dabei müssen sie es in Kauf nehmen, von beiden Seiten zu grosser Härte, beziehungsweise zu grosser Milde beizugehen. Dass darunter die schweizerisch-französischen Beziehungen leiden werden, kann ohne Schwierigkeiten vorausgesagt werden.

In der Schweiz wurde aber immer mit Leidenschaft der Grundsatz vertreten, daß die Neutralität des Staates keine Gesinnungsneutralität seiner Bürger erfordere oder beinhalte. Tatsächlich stellen sich immer breitere Kreise beunruhigt die Frage, ob es nach dem Scheitern der Verhandlungen von Kelur zulässig sei, den endlosen Algerienkonflikt weiterhin passiv zuzusehen. Es gibt wohl keinen ernstern Beobachter, der nicht der Überzeugung wäre, dass die Kosten der algerischen Tragödie schließlich nicht von Frankreich allein, sondern von ganz Europa zu tragen sein werden. Andererseits glaubt wohl auch niemand mehr daran, daß es Frankreich je gelingen werde, das Algerienproblem "militärisch zu lösen". Es wird also früher oder später einen algerischen Staat geben, an dessen organisatorischer und verwaltungsmässiger Grundlage schon heute intensiv gearbeitet wird. Die Erbauer dieses neuen Staates sind auf ausländischen "technischen" Beistand angewiesen (sie wären es auch ohne Krieg), den sie von jeder Seite entgegennehmen, die ihn anbietet. Der Osten zeigt sich begreiflicherweise sehr grosszügig, während Westeuropa beharrlich schweigt. Man ist also wieder einmal dabei, eine Unterlassungsünde zu begehen, die nachher, wenn es zu spät ist, kaum mehr gutgemacht werden kann. Wird die Notwendigkeit anerkannt, dem zukünftigen Algerien mit friedlichen Mitteln wirksam zu helfen, ergibt sich hier eine glänzende Möglichkeit, ohne sich deswegen aus verdrängter Abenteuerlust in undurchsichtige Dschungelkämpfe einzumischen: junge Algerier hegen den lebhaften Wunsch, den Mechanismus des staatlichen, wirtschaftlichen und sozialen Lebens in Westeuropa kennen zu lernen, damit sie später ihren Aufgaben besser gerecht werden können. Will man verhindern, daß die Kader des zukünftigen Algerien ihre Kenntnisse einseitig aus dem Osten holen, muss der Westen ohne Zögern handeln und diesem Wunsche entgegenkommen.

Befähigten jungen Algeriern müssen Gelegenheitsangebote werden, sich als Praktikanten mit den Einrichtungen moderner, demokratischer Staaten

vertraut zu machen. Der Initiative von Gewerkschaften, Genossenschaften, Sozialämtern, Versicherungsanstalten, Industrie- und Handelsunternehmungen eröffnet sich hier ein weites fruchtbares Tätigkeitsgebiet.

Frankreich kann in einer solchen positiven Anstrengung zugunsten der Ausbildung des werdenden Algerien keine unfreundliche Haltung erblicken, da dadurch seine eigenen, kommenden Aufgaben nur erleichtert werden. Der Kongo zeigt deutlich genug, wie teuer die ganze Welt für das Fehlen fähiger einheimischer Kader nachher bezahlen muss.

- + +

Kleinlich

sp - Weil er eine Tafel mit der deutschsprachigen Aufschrift "Zimmer zu vermieten" an seinem Hause angebracht hatte, wurde ein Südtiroler Bauer der Gemeinde Eppan vom zuständigen italienischen Gericht zu einer Geldstrafe von 2000 Lire verurteilt. Dieses krasse Urteil, das gewiss nicht verallgemeinert werden soll, stützt sich auf eine noch zu Mussolinis Zeiten (!) erlassene Verordnung, wonach es verboten sei, ein Schild in einer anderen als der italienischen Sprache anzubringen. Für nichtdeutsche Sprachen gilt jedoch dieses Verbot nicht, wie sich viele Reisende in den italienischen Touristenzentren überzeugen können. - Diese kleinlichen Schikanen häufen Zündstoff an, verbittern die davon betroffenen Menschen. Auf die Dauer trägt die Diskriminierung gegen eine Bevölkerungsgruppe, nur weil sie eine nationale Minderheit ist, böse Früchte. Die italienische Regierung wird es schwer haben, die fundierten Anklagen zu entkräften, die die österreichische Regierung wegen der Behandlung der Südtiroler vor dem Forum der Vereinten Nationen vorbringen wird. Rom könnte sich dem leicht entziehen, würde es das tun, was eigentlich für eine wesentliche Nation selbstverständlich sein sollte: mit jeder Benachteiligung von nationalen Minderheiten aufhören. Ganz Italien könnte durch solchen Grossmut nur gewinnen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel